



Vor einer ungewissen Zukunft steht die JobCenter ARGE, die Dortmunder Arbeitslose betreut, da die CDU einer notwendigen Reform Steine in den Weg legt. Foto: Schmitz

Sorge um Zukunft der ARGE

Rückfall in alte Zeiten droht: SPD kämpft für Service für Arbeitslose

Unsicher ist die Zukunft der JobCenter ARGE, welche Langzeitarbeitslose betreut. Denn das Bundesverfassungsgericht hat die Arbeitsgemeinschaft als Mischverwaltung der Kommunen und Arbeitsagentur für verfassungswidrig erklärt.

Und das, nachdem nach anfänglichen Startproblemen die ARGE gut funktioniert. Bundesregierung und Bundestag sind deshalb aufgefordert, bis Ende 2010 eine neue rechtssichere Konstruktion der JobCenter in ganz Deutschland zu finden. Dazu hatte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) eine Grundgesetzänderung und ein Organisationsgesetz vorgeschlagen.

Die JobCenter sollten zukünftig in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts geführt werden. Damit wäre sichergestellt, dass sie in der bisherigen Form weiterarbeiten können. Die Kundinnen und Kunden der JobCenter hätten auch zukünftig unbürokratisch Leistungen nach dem SGB II bekommen. Die Mitarbeiter wären

als kommunale Beschäftigte in den JobCentern ebenfalls abgesichert. Doch diesen Plänen hat die CDU-Bundestagsfraktion eine Absage erteilt. Sie will keine Grundgesetzänderung und kein Organisationsgesetz.

Deshalb droht jetzt ein Rückfall in alte Zeiten, als hilfesuchende Menschen mehrere Stellen aufsuchen mussten, um Leistungen zu beantragen und



Vermittlungsangebote zu nutzen. Die CDU lässt die Reform der JobCenter scheitern, weil sie Machtspielen auf Kosten der arbeitslosen Menschen und der Beschäftigten der JobCenter betreiben will. Sie bringt eine hochwertige Dienstleistung aus einer Hand in Gefahr. So rückt die Reform der JobCenter in weite Ferne und dürfte vor der Bundestagswahl im September fast unmöglich sein.

„Die JobCenterARGE Dortmund steht vor einer ganz un-

gewissen Zukunft“, kritisiert Michael Taranczewski, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied im Trägerschuss der JobCenterARGE, die Haltung der CDU-Bundestagsfraktion. „Einen großen Anteil am bisherigen Erfolg der JobCenterARGE Dortmund kommt den kommunalen Beschäftigten zu, die ihr bewährtes Wissen aus der alten Sozialverwaltung dort einbringen und sich auf eine Personalzuweisung in diese neue Verwaltungsform eingelassen haben. Nicht auszudenken, wenn sich diese Mitarbeiter wegen der unsicheren Lage der JobCenter jetzt beruflich neu orientieren. Die Verantwortlichen für diesen Vertrauensverlust bei den Beschäftigten sind bei der CDU zu suchen.“

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt fragt sich, wie sich wohl der Dortmunder CDU-Bundestagsabgeordnete Erich Fritz bei der Abstimmung in dieser Frage in der CDU-Bundestagsfraktion verhalten hat. Wenn er seiner Fraktion gefolgt sein sollte, hat er den Arbeitslosen in Dortmund einen großen Schaden zugefügt.

Dortmund vergibt zusätzliche Bauaufträge für 78 Mio. Euro

Konjunkturpaket soll heimische Unternehmen stärken und Arbeitsplätze retten

Das Konjunkturpaket II, mit dem die Stadt Dortmund 78 Mio. Euro für zusätzliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen erhält, kann jetzt umgesetzt werden. Der Rat hat grünes Licht für die vorläufige Maßnahmenliste gegeben.

Friedhelm Sohn, der für die SPD-Fraktion im Rat Stellung genommen hat, freut sich besonders über ein eher seltenes Ereignis: Bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II konnte Einvernehmen über alle Parteigrenzen hinweg erzielt werden.

Noch wenige Tage zuvor hatten sich die freien Träger und Verbände wie Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk, Caritas, die Kirchen und freie Initiativen zu Wort gemeldet und Geld aus dem Programm zur Sanierung ihrer Einrichtungen für sich reklamiert.

„Und damit hatten sie völlig Recht“, so Friedhelm Sohn in der entscheidenden Ratssitzung. „Die freien Träger übernehmen seit Jahrzehnten wichtige soziale Aufgaben in unserer Stadt. Deshalb müssen sie gleichberechtigt mit den städtischen Einrichtungen behandelt werden.“

Die Verwaltung hatte zuvor zahlreiche städtische Maßnahmen und Projekte aufgelistet, nach verschiedenen Kriterien bewertet und auf schnelle Umsetzung hin untersucht, um unverzüglich mit der Auftragsvergabe beginnen zu können. Immerhin soll die Hälfte der Maßnahmen bereits in diesem



Hier baut die Stadt: Diese Schilder sind in Dortmund demnächst noch öfter zu sehen.

Jahr umgesetzt sein. Doch der SPD-Fraktion lag viel daran, die Anträge freier Träger angemessen zu berücksichtigen.

Auch sollten die zwölf Bezirksvertretungen Gelegenheit zur Bewertung und Nachsteuerung haben. In einem beispiellosen Kraftakt mit zahlreichen Sondersitzungen konnte erreicht

werden, dass dem Rat alle noch ausstehenden Anträge vorlagen und beschlossen werden konnten.

Allerdings kletterte so die Summe der Maßnahmenwünsche auf 160 Mio. Euro, und ist damit mehr als doppelt so hoch, wie die zur Verfügung stehenden Mittel. Aus dieser Maßnahmen-

liste wird beim Vorliegen der exakten Ausführungsbestimmungen die endgültige Auswahl der Projekte getroffen.

„Es werden dann zwar einzelne Wünsche nicht berücksichtigt werden können“, erläutert Friedhelm Sohn, „aber das Auswahlverfahren wird transparent und für die Antragsteller nachvollziehbar.“

Die endgültige Beschlussfassung über die Projektliste soll deshalb in der Juni-Ratssitzung erfolgen, denn bis dahin dürften alle Unklarheiten beseitigt sein.

Was passiert nun mit den Maßnahmen, die nicht aus dem Konjunkturpaket finanziert werden können? Landen diese auf der „langen Bank“? „Nein“, versichert Schulausschussvorsitzender Hermann Diekneite, der besonders auf die vielen Schulbauprojekte achtet: „Maßnahmen, die jetzt nicht realisiert werden können, werden sich in den regulären Investitionsprogrammen der Haushaltsjahre 2010 und 2011 wiederfinden. Außerdem werden wir die Prioritätenlisten ergänzen.“

Für die SPD-Fraktion steht fest, dass das Konjunkturpaket II eine zusätzliche riesige Chance zur Verbesserung und Erneuerung unserer Bildungseinrichtungen und der Infrastruktur bietet.

Das wird allen Dortmunderinnen und Dortmunder zu Gute kommen. Auch besteht die Chance, dass mit dem Konjunkturprogramm heimische Unternehmen gestützt und bedrohte Arbeitsplätze längerfristig gesichert werden können.

Weg frei für neue Rettungswachen

CDU verweigert Zustimmung für neue Rettungsfahrzeuge und Wachen

Was lange währt, wird endlich gut! Das gilt wohl erst recht für den neuen Rettungsdienstbedarfsplan der Stadt, der vom Rat mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen wurde.



Zwei neue Rettungswachen, neue Rettungsfahrzeuge und Rettungstechnik sichern die Notfallversorgung der Dortmunder Bürger. Foto: Stefan Quinting

Stadt diesem Ziel ein gutes Stück näher. Versorgungslücken werden geschlossen und der Rettungswagen eines privaten Anbieters überflüssig. Damit kann der Rettungsdienst sogar um 320000 Euro für das 18. Rettungsfahrzeug entlastet werden.

Die CDU-Fraktion wollte trotzdem an den Rettungsdienstleistungen des privaten Anbieters zu Lasten der Hilfsorganisationen festhalten. Ein klarer Schlag ins Gesicht der über 800 Mitarbeiter der Hilfsorganisationen! Damit wollte die CDU-Fraktion auch den Rettungsdienst unter das Motto „Privat vor Staat“ stellen. Die SPD-Fraktion setzt weiter auf die hervorragende Kooperation der Feuerwehr mit den Hilfsorganisationen. Gerade der Einsatz der

ehrenamtliche Kräfte, die gut ausgebildet und uneigennützig anpacken, ist unverzichtbar.

Feuerwehr und Hilfsorganisationen bilden auch im Katastrophenschutz ein integriertes Hilfesystem, in dem man schon jahrelang „Hand in Hand“ arbeitet. Die SPD-Fraktion hat damit unter Beweis gestellt: Ihr sind Ehrenamt und öffentliche Sicherheit sehr wichtig!

Noch in der Februar-Sitzung der Bezirksvertretung Mengede hat die Opposition in der Bezirksvertretung Mengede schwarz gemalt und auf Zeit spielen wollen. In der Sondersitzung am 25. März wurde die Vorschlagsliste der Verwaltung für das Konjunkturprogramm nahezu einstimmig beschlossen.

Es ist immer gut, einen „Kümmerer“ in den eigenen Reihen zu haben. Werner Locker, Fraktionssprecher der SPD-Bezirksvertretungsfraktion in Mengede, hat eine Liste mit Maßnahmen zusammen getragen, die kurzfristig erledigt werden sollte.

Vor allem aus dem Bereich der Schulen wurden viele wichtige Maßnahmen genannt, die die Lernbedingungen der jungen Mengeder Bürgerinnen und Bürger verbessern sollten.

„Weil uns die Bildung wichtig ist, hat die SPD-Fraktion dar-



Mit 3 Mio. Euro wird die Sanierung des Bezirkshallenbades Nette ermöglicht. Foto: Steinhüser

auf ihre Priorität gesetzt“, so Werner Locker. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner wurden Schulbaumaßnahmen und soziale Projekte bereits im Februar beschlossen.

Leider sind viele der angeordneten Maßnahmen nach den Bedingungen des Konjunkturpaketes nicht förderfähig. Trotzdem sind 17 der 22 von der

Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen im Bildungsbereich angesiedelt. Dies beweist, dass die Mengeder SPD-Fraktion die richtige Spur gelegt hat, der die Verwaltung gefolgt ist.

Bereits in den letzten Jahren hat die SPD-Fraktion dafür gesorgt, dass viel Geld aus dem Bezirksetat in die Sanierung der Schulen geht. Über vier Milli-

onen Euro zusätzliche Investitionen sollen nun auf dieser erfolgreichen Arbeit aufbauen.

Viel Geld wird auch für die Sanierung des Bezirkshallenbades in Nette in die Hand genommen. Rund drei Millionen Euro sollen das Gebäude auf den aktuellen Stand in Sachen Energieeffizienz bringen und den Einsatz regenerativer Energien für den laufenden Betrieb ermöglichen. Gut für die Umwelt und gut für Mengede!

Die von den Fraktionsmitgliedern zusammengetragenen Projekte im sozialen Bereich, wie eine Skaterbahn an der Haberlandstraße, eine „Soziale Werkstatt“ in Westerfilde und eine zusätzliche Kindertageseinrichtung im Stadtbezirk sollen nicht in der Schublade verschwinden, sondern in der nächsten Wahlperiode realisiert werden.

Von der Opposition kam bisher nichts. Wenn sich jemand um den Stadtbezirk kümmert, dann ist das die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Mengede.

Zitat des Monats

„Wir glauben an Dortmund.“

(Peter Melerski, Regionalvorstand der Unternehmensberatungsfirma Ernst & Young)

Sie nutzen das Internet? Sie haben E-Mail? Dann besuchen Sie uns unter www.spd-fraktion-dortmund.de und abonnieren Sie dort unseren aktuellen Newsletter!

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt: SPD-Fraktion im Rat der Stadt DO
Dr. Andreas Paust
Fraktionsgeschäftsführer
Friedensplatz 1
44135 Dortmund
Tel: 0231 / 574513 Fax: 579147
Email: fraktion@spd-fraktion-dortmund.de